

An die Österreichische Bundesregierung

An Herrn Bundesminister Dr. Josef Ostermayer

An Herrn Bundesminister Sebastian Kurz

An das Präsidium des Nationalrats

*Stellungnahme von der Interkulturellen Studentenvereinigung Wien (ISV) zum Entwurf
des neuen Islamgesetzes*

Als muslimisch-österreichische StudentInnen und AkademikerInnen mit unterschiedlichem ethnischen Hintergrund leisten wir seit unserem Bestehen breitgefächerte Aktivitäten und versuchen die muslimisch-österreichische Identität unseresgleichen zu stärken.

Der vorliegende Entwurf wird von MuslimInnen als eine Ungleichbehandlung wahrgenommen, welches per Gesetz festgeschrieben werden soll. Obwohl wir ein Verein sind, welcher sich durch Spenden und Aktivitäten selbst erhält und uns der § 6 nicht mittelbar betrifft, so sehen wir diesen Paragraphen als besonders problematisch, da diese Einschränkung nur bei den Muslimen vorgesehen ist und im Protestanten- sowie im Israelitengesetz sich keine vergleichbare Regelung findet. Außerdem ist zu erwähnen, dass die Schließung der jeweiligen Vereine genauso diskriminierend ist und sich nur auf das neue Islamgesetz beschränkt.

Wir als österreichische MuslimInnen, die seit Jahren ehrenamtliche Arbeit leisten und keine staatliche Unterstützung – weder aus dem Ausland noch aus dem Inland bekommen – empfinden dies als eine Einschränkung für die Vereine, die davon abhängig sind.

Die ausdrückliche Erwähnung der „Pflicht zur Einhaltung allgemeiner staatlicher Normen“ in § 2 Abs 3 vermittelt eine unterschwellige Botschaft, die uns muslimische ÖsterreicherInnen unsere Loyalität gegenüber dem österreichischen Staat in Frage stellt und österreichische Staatsbürger mit islamischem Bekenntnis als potentielle Rechtsbrecher darstellt.

Der Aufbau einer gesunden Gesellschaft auf Basis eines Misstrauenverhältnisses finden wir nicht in Ordnung und lehnen dies in dieser Form ab.

In der Republik Österreich, wenn das Misstrauen gegenüber einer religiösen Gruppe gesetzlich verankert sein würde, dann könnte dies zu einer Entfremdung der Jugendlichen von der Gesellschaft führen.

Zur EU-Erweiterung erwähnte doch die Bundesministerin Elisabeth Gehler im Jahre 2002, Religionen zeichne aus, "dass sie mit Menschen für die Zukunft arbeiten wollen".

Somit fordern wir den Gesetzgeber auf alles zu tun, um dieses Gesetz nicht zu verabschieden und somit anstatt die MuslimInnen seines Landes pauschal zu diskriminieren und auszuschließen, sie zu schützen und dazu zu bewegen, dass sie sich als Teil dieses Landes und Gesellschaft fühlen.

Im Namen der Interkulturellen Studentenvereinigung Wien (ISV Wien):

ÖZBAY Ferhat

ÖZBAY Elif

ÜCLER Selin

TÜRKMEN Abdulhamit

SIBLJAKOVIC Dzemal

SIRIN Seyma

PALA Ali

CETIN Eda